

Nabu: Natur als kritische Infrastruktur anerkennen

Anlässlich des Welttags des Naturschutzes am 28. Juli fordert der Nabu in einer Erklärung von Dienstag, Natur als kritische Infrastruktur anzuerkennen und entsprechend zu schützen:

(...) »Die Hitzewellen dieses Sommers und die verheerenden Waldbrände in Südeuropa zeigen, wie verwundbar Europa durch die Klimakrise geworden ist. Intakte Moore, Wälder, Flüsse und Auen sind keine Nebensache des Naturschutzes, sie gehören zur kritischen Infrastruktur unseres Landes. Sie speichern Wasser, kühlen Landschaften und Städte, schützen vor Hochwasser und sichern die Grundlagen für Landwirtschaft und Wirtschaft«, sagt Kim Cornelius Detloff, Fachbereichsleiter Politik beim Nabu.

Mit der EU-Wiederherstellungsverordnung (WVO) hat die Europäische Union den verbindlichen Rahmen geschaffen, geschädigte Ökosysteme schrittweise wiederherzustellen. »Die Wiederherstellung von Natur ist kein Nice-to-have, sondern eine Investition in die Resilienz unseres Landes. Deutschland braucht deshalb einen politischen Rahmen, der natürliche Infrastruktur genauso ernst nimmt wie Straßen, Schienen oder Energienetze«, so Detloff.

Aus Sicht des Nabu kommt dem Natürliche-Infrastruktur-Gesetz (NatInfG) dabei eine Schlüsselrolle zu. Es erkennt erstmals an, dass Natur unverzichtbare Infrastrukturleistungen für die Gesellschaft erbringt, und schafft die Grundlage, diese Leistungen stärker in Planung, Finanzierung und Förderung zu berücksichtigen. Das Gesetz stärkt zudem die Voraussetzungen, natürliche Lebensgrundlagen langfristig zu erhalten und wiederherzustellen.

»Wenn wir Milliarden in technische Infrastruktur investieren, müssen wir ebenso in die Infrastruktur investieren, die unser Wasser sichert, unsere Städte kühlt und unsere Böden fruchtbar hält. Technische und natürliche Infrastruktur dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sie gehören zusammen«, betont Detloff. (...)

Der Sozialverband SoVD informiert in einer Mitteilung von Dienstag über das Ergebnis zur Meinungsumfrage »Wie familienfreundlich ist Deutschland?«:

Dieser Frage ist der SoVD mit dem Meinungsforschungsinstitut Civey nachgegangen. Dabei ist ein umfangreiches Bild zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Rolle der Arbeitgeber und der Frage nach Verfügbarkeit von Kitaplätzen und Betreuungsangeboten für Schulkinder nach Unterrichtsende entstanden. Bei letzterem halten nur zwölf Prozent der Eltern die Verfügbarkeit wirklich für ausreichend.

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier sieht hier dringenden Handlungsbedarf. »Durch die Unterversorgung sind besonders Frauen

benachteiligt, weil sie mangels Betreuungsangeboten oft nur in Teilzeit oder Minijobs arbeiten können. Darum muss dringend in den quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur für Krippe, Kita und Grundschule investiert werden – mit verlässlichen Öffnungszeiten, die zu Arbeitszeiten passen.«

Folgerichtig stellen die Eltern auch bei der Frage, wie sich Familie und Beruf miteinander vereinbaren lassen, Deutschland ein vernichtendes Urteil aus. Nur rund elf Prozent halten sie für gut, besonders Frauen sehen hier Defizite. Während noch 38 Prozent der Männer die Vereinbarkeit als schlecht bewerten, liegt die Negativquote bei Frauen bei knapp 48 Prozent. »Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf nicht allein vom persönlichen Organisationstalent abhängig sein, sondern braucht klare politische Rahmenbedingungen. Dazu gehören zehn Tage Freistellung für Väter bzw. zweite Elternteile rund um die Geburt eines Kindes mit vollem Entgeltersatz oder auch die öffentliche Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen.« (...)

<https://www.jungewelt.de/artikel/526917.nabu-natur-als-kritische-infrastruktur-erkennen.html>